

Bericht über die Mitgliederversammlung und die Veranstaltung in der Petri-Kirche Wolgast

Die Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin e.V.“ traf sich gestern zur Mitgliederversammlung. Zunächst wurde festgestellt, dass die Veranstaltung am Vortag, dem 2.11.07, in der Wolgaster Petrikirche ein voller Erfolg war. Mit über 300 Gästen und einem hochkarätigen Podium wurde diskutiert und die Annahme bestätigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger nicht über die Pläne von DONG ENERGY informiert sind, in Lubmin das größte Steinkohlekraftwerk Deutschlands bauen zu wollen. Die Stimmung unter den Anwesenden, unterstrichen durch zahlreiche Redebeiträge von betroffenen Bürgern, machte deutlich, dass ein Kohlekraftwerk von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt wird.

So wurden weitere Veranstaltungen beschlossen, u.a. auf Rügen, in Greifswald und im ländlichen Raum Ostvorpommerns. Es werden verstärkt Politiker und Politikerinnen eingeladen, „die eigentlichen Entscheidungsträger haben bisher auf unsere Einladungen nicht reagiert“ so der Vorsitzende der Initiative, Michael Voitacha, „wir werden jetzt den direkten Dialog vehement einfordern. Wer den Bau des Steinkohlekraftwerkes befürwortet muss auch den Mut aufbringen, dies gegenüber den Kritikern und Kritikerinnen dieser Pläne persönlich zu vertreten. Viele Gemeinden, Tourismusverbände und weitere Institutionen haben ablehnende Beschlüsse zum Kohlekraftwerk gefasst. „Diese demokratischen Signale dürfen von der Landesregierung nicht ignoriert werden“, betont Michael Voitacha.

Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Landesregierung, sogar Wut auf sie, wurde im Übrigen durch die Redebeiträge von Gästen in der Petrikirche deutlich formuliert. Das sollte der Politik eine Warnung sein. Die nächsten Wahlen kommen bestimmt, drohte gar ein Redner in der Wolgaster Kirche. „Der Koalitionsvertrag sieht nur den Ausbau Lubmins als Energiestandort vor, nicht explizit den Bau eines Steinkohlekraftwerkes“, weiß Christa Labouvie, Schriftführerin und Vorstandsmitglied der BI. „Daher würde die Regierung nicht gegen den Koalitionsvertrag verstoßen, wenn sie dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Rechnung trüge und ein Nein zum Kohlekraftwerk Lubmin ausspräche. Vertrauen in die Demokratie wird durch solches Verhalten nicht hergestellt. Da wundert es doch kaum noch, wenn manche Bürgerinnen und Bürger einfach aus Protest, ohne nachzudenken, missliebige Parteien wählen“.

Entschlossen zeigt sich die Mitgliederversammlung beim nächsten Tagesordnungspunkt.

Die Unterlagen für die B-Plan Änderungen liegen seit dem 15.10.07 in Lubmin aus und die Unterlagen von Dong energy, die einen Antrag auf Genehmigung eines Vorbescheides durch den STAUN Stralsund stellen, liegen ebenfalls seit dem 23.10.07 in sechs Ämtern (STAUN Ueckermünde und Stralsund, Ämter Lubmin, Usedom-Nord, Mönchgut-Granitz, Bergen) für jeweils vier Wochen zur Einsichtnahme aus.

Die Bedenken müssen nun schriftlich formuliert und den Ämtern fristgemäß zugestellt werden und zwar in Form von so genannten Einwendungen. Das Procedere ist sehr kompliziert und für einen Normalbürger kaum zu begreifen, ein weiterer politischer Kritikpunkt.

Finanzielle Unterstützung betuchter Kraftwerksgegner ermöglicht der Bürgerinitiative dabei juristischen Beistand. „Wir werden den Menschen, die eine Einwendung einreichen wollen, mit Rat und Tat zur Seite stehen, damit diese anerkannt wird. Und später evtl. auch gerichtlich verwendbar ist“, erläutert Christa Labouvie. Sie sollen sich unverzüglich mit uns in Verbindung setzen, denn Eile ist wegen der knappen Fristen, die den Bürgern eingeräumt werden, geboten. Auch die Bürgerinitiative „Zukunft Lubminer Heide“, mit der wir eng zusammen arbeiten, ist hier Ansprechpartner. Wir sind über unsere Webseite www.kein-kohlekraftwerk-lubmin.de direkt erreichbar, dort werden in den nächsten Tagen auch weitere Informationen zum Verfahrensablauf eingestellt. „Wenn wir jetzt nicht handeln, löst sich der ganze Protest gegen das Kraftwerk in Luft auf und bringt nichts.“

Der erste Schritt zur gültigen Einwendung ist der persönliche Gang ins nächste Amt, um sich dort registrieren zu lassen und die Akten einzusehen. Es ist hier auch noch einmal darauf hinzuweisen, dass der STAUN Stralsund DONG ENERGY keine Genehmigung erteilen darf, solange die 3. B-Plan-Änderung für Lubmin nicht rechtskräftig ist. Das sollte allen Bürgern und Bürgerinnen klar sein, die annehmen, es sei alles schon genehmigt und man könne sowieso nichts mehr dagegen tun. Dem ist noch lange nicht so. Bürger, die sich eine umwelt-, gesundheits- und tourismusverträgliche Entwicklung am Standort Lubmin wünschen, müssen jetzt alle demokratischen Mittel einsetzen, die zur Verfügung stehen. Auch wenn das mit zum Teil sehr hohen bürokratischen Hürden verbunden ist. „Wer dabei Hilfe benötigt, soll Kontakt mit uns aufnehmen. Auch dafür wurde die Bürgerinitiative gegründet“, erklärt Michael Voitacha.

Am 16.11.07 trifft sich um 19.00 Uhr im Zinnowitzer Naturfreundehaus eine Arbeitsgruppe der Bürgerinitiative. Wer Unterstützung und weitere Informationen zur Erstellung einer Einwendung benötigt, der ist herzlich willkommen.“

Für den Ausbau des Energiestandortes Lubmin gibt es bereits ein Alternativkonzept, zudem existiert ein Investor, der mit erneuerbaren Energien über 200 Arbeitsplätze schaffen will und seit Monaten durch die Regierung geblockt wird. Einige Mandatsträger und –trägerinnen scheinen wie paralysiert zu sein und ignorieren sowohl den Klimawandel als auch den Willen der Bevölkerung. Wie formulierte ein Wolgaster Bürger dies so schön in der Petrikirche: „Das alles ist nicht hinnehmbar, wir werden das nicht zulassen und uns wehren“.

Dong Energy kann doch allen Ernstes nicht erwarten, dass es die allgemeine Bevölkerung interessiert, ob wir vier Strommonopolisten in Deutschland oder mit Dong fünf haben. Zumal sie eine Technik verwenden wollen, die seit 15 Jahren in Dänemark verboten ist.

